

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

19. - 25. September 2026

Vom 25. bis 28. September besucht Papst Leo XIV. Frankreich. Die viertägige apostolische Reise verbindet religiöse, gesellschaftliche und diplomatische Elemente und führt ihn nach Paris, Saint-Denis, Lourdes und Metz. Der Besuch im laizistischen Frankreich erfolgt auf Einladung des französischen Staates in der Funktion des Papstes als Oberhaupt des Vatikanstaates und der katholischen Kirche. Es ist der erste offizielle Papstbesuch seit 18 Jahren. Zum Auftakt trifft Leo XIV. Emmanuel Macron im Élysée-Palast und spricht anschließend vor der UNESCO, wo er als Gast geladen ist, über künstliche Intelligenz und neue Technologien. Nach einer Fahrt im Papamobil durch Paris stehen eine Vesper in der Kathedrale Notre-Dame und eine Jugendveranstaltung im Stade de France auf dem Programm. Am Samstag besucht der Papst eine Einrichtung für Migranten und feiert auf der Place de la Concorde eine Großmesse, für die sich rund 600.000 Menschen angemeldet haben. In Lourdes stehen Gottesdienste und Begegnungen mit Geistlichen im Mittelpunkt. Ein privates Treffen mit sieben Betroffenen sexueller Gewalt innerhalb der Kirche hat besondere Bedeutung, dessen Format von Opferverbänden jedoch teilweise kritisiert wird. Zum Abschluss reist Leo XIV. nach Metz. Dort spricht er unter dem Motto „An den Wurzeln Europas für Frieden und Einheit“ über die europäische Verständigung. Insgesamt erfordert der Besuch außergewöhnliche Sicherheitsmaßnahmen. Allein in Paris werden rund 14.000 Polizisten, Gendarmen und Soldaten eingesetzt.

In seiner Rede vor der UN-Generalversammlung warnte Emmanuel Macron vor einer Rückkehr zum „Gesetz des Dschungels“ in den internationalen Beziehungen. Angesichts zunehmender Machtpolitik und globaler Spaltung müsse die Staatengemeinschaft die Vereinten Nationen und den regelbasierten Multilateralismus stärken. Im Ukrainekrieg sprach sich Macron für ein „doppeltes Moratorium“ aus: Russland und die Ukraine sollten Angriffe auf Energieinfrastruktur einstellen; eine Vereinbarung im Schwarzen Meer solle zudem Getreideexporte ermöglichen. Im Nahostkonflikt verteidigte Macron die Zweistaatenlösung und kritisierte die Lage in Gaza sowie Israels Politik im Westjordanland. Seine Behauptung, die Hamas habe dort nie „ihr Unwesen getrieben“, löste jedoch scharfe Kritik aus Israel aus. Darüber hinaus forderte Macron größere technologische Unabhängigkeit. Staaten, die weder von den USA noch von China abhängig sein wollten, sollten ihre Investitionen und Rechenkapazitäten bündeln und gemeinsam ein leistungsfähiges, quelloffenes KI-Modell entwickeln. Diese „Koalition der Unabhängigen“ solle eine technologische Alternative zu den beiden Großmächten schaffen und verhindern, dass weitere Staaten in eine dauerhafte technologische Abhängigkeit geraten.

In einem Interview mit dem Fernsehsender TF1 äußerte sich Emmanuel Macron am 24. September zu den aktuellen außen-, energie- und innenpolitischen Herausforderungen Frankreichs. Angesichts zunehmender russischer Aktivitäten warnte er vor möglichen feindlichen Aktionen gegen Frankreich und Europa. Eine erneute russische Mobilisierung hält er für glaubwürdig; Frankreich werde die Ukraine weiterhin militärisch unterstützen. Um die historisch hohen Kraftstoffpreise zu senken betonte Macron die Notwendigkeit der Diplomatie. Entscheidend seien die Wiederöffnung der Straße von Hormus sowie der Schutz wichtiger Energieinfrastruktur in Saudi-Arabien, für den Frankreich auch militärische Mittel bereitstellen wird. Kurzfristige Versorgungsengpässe schloss Macron aus. Eine Senkung der Kraftstoffsteuern sieht er wegen der hohen Kosten kritisch, schließt sie bei einer Verschärfung der Krise aber nicht aus. Innenpolitisch verteidigte er die hohen Staatsausgaben während der Corona- und Energiekrisen. Den Haushaltsentwurf 2027 mit Einsparungen von 54 Milliarden Euro bezeichnete er als verantwortungsvoll. Eine erneute Auflösung der Nationalversammlung hält Macron acht Monate vor der Präsidentschaftswahl angesichts internationaler Krisen, Kaufkraftproblemen und laufender Haushaltsverhandlungen für nicht wünschenswert.

Beim ersten TV-Duell der fünf Kandidaten der sozialistischen Vorwahl für die Präsidentschaftswahl 2027 standen Kaufkraft, Staatsverschuldung, Außenpolitik und das Verhältnis zu La France insoumise (LFI) im Mittelpunkt. Angesichts der Kraftstoffkrise forderten die Kandidaten stärkere Entlastungen. Raphaël Glucksmann plädierte für eine Verdreifachung des Energiechecks, Ségolène Royal für niedrigere Verbrauch- und Mehrwertsteuern. Zudem wurden Maßnahmen gegen Übergewinne der Mineralölkonzerne diskutiert. Beim Schuldenabbau setzte die Mehrheit auf eine stärkere Besteuerung hoher Vermögen und wirtschaftliches Wachstum statt allein auf Ausgabenkürzungen. Die deutlichsten Differenzen zeigten sich gegenüber LFI:

Glucksmann und Jérôme Guedj lehnten künftige Wahlabkommen ab, während Olivier Faure und Emmanuel Maurel vor einer Spaltung der Linken warnte und eine spätere Zusammenarbeit offenhielt. Einigkeit bestand im Ziel, einen Wahlsieg des Rassemblement National zu verhindern. Außenpolitisch unterstützten die Kandidaten weitere Hilfen für die Ukraine.

Wenige Monate vor der Präsidentschaftswahl 2027 versucht der Rassemblement National (RN), sich deutlicher von Russland zu distanzieren. Marine Le Pen und Jordan Bardella verurteilten erstmals ausdrücklich russische Einschüchterungs-, Einfluss- und Destabilisierungsversuche gegenüber Frankreich. Damit reagiert die Parteiführung auch auf Le Pens frühere Nähe zu Wladimir Putin, die im Wahlkampf zur Belastung werden könnte. Le Pen erklärte zuletzt, Frankreich könne sich finanzielle Hilfen kaum noch leisten, solle aber weiterhin ukrainische Soldaten ausbilden und militärisches Material liefern. Innerhalb der Partei bestehen zugleich Differenzen: Russlandfreundliche Politiker wie Thierry Mariani relativieren die von Moskau ausgehende Bedrohung weiterhin. Die neue Positionierung bleibt damit ein Balanceakt: Der RN will den Vorwurf besonderer Nähe zu Russland entkräften, sich zugleich aber nicht eindeutig auf eine langfristige Unterstützung der Ukraine festlegen.

Die französische Regierung hat ein 80-Millionen-Euro-Programm gestartet, um die Arbeitswelt bei der Einführung von Künstlicher Intelligenz (KI) zu unterstützen. Im Mittelpunkt stehen Weiterbildung und Sensibilisierung, insbesondere von Beschäftigten, Auszubildenden und kleinen und mittleren Unternehmen. Geplant sind unter anderem kostenlose KI-Lernangebote, zusätzliche Unterstützung für Ausbildungszentren sowie spezielle Maßnahmen für Arbeitssuchende und Unternehmen. Ziel ist es, den Rückstand Frankreichs bei der KI-Nutzung zu verringern und eine zunehmende Kluft zwischen großen und kleinen Unternehmen zu verhindern.

Die Pariser Staatsanwaltschaft hat mehrere Ermittlungen eingeleitet, nachdem Frauen mit vernetzten Kamerabrillen ohne ihre Zustimmung auf der Straße gefilmt und die Aufnahmen anschließend vor allem auf TikTok veröffentlicht worden waren. Die Videos zielen häufig darauf ab, die Betroffenen bloßzustellen oder zu provozieren, und können zu Beleidigungen und Drohungen führen. Die Ermittlungen betreffen insbesondere Verstöße gegen die Privatsphäre und in einigen Fällen sexuelle Übergriffe. Die Behörden prüfen zudem weitere mögliche kriminelle Einsatzmöglichkeiten solcher Brillen.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Bei den **französischen Senatswahlen** am kommenden Sonntag, dem 27. September, werden 178 der insgesamt 348 Sitze neu vergeben. Die bürgerlich-konservative Mehrheit dürfte bestehen bleiben, ihre Kräfteverhältnisse könnten sich jedoch verschieben. Die Republikaner (LR) werden voraussichtlich die stärkste Fraktion bleiben, könnten aber drei bis zehn Sitze verlieren. Die Zentrumsfraktion hofft dagegen auf leichte Zugewinne und könnte die Sozialisten als zweitstärkste Kraft überholen. Besondere Aufmerksamkeit gilt dem Rassemblement National (RN). Nach seinen Erfolgen bei den Kommunalwahlen könnte er erstmals die Schwelle von zehn Senatoren erreichen und damit eine eigene Fraktion bilden. Chancen bestehen vor allem im Süden Frankreichs. Die PS rechnet dank Wahlabsprachen mit den Grünen und Kommunisten mit weitgehender Stabilität, während die Grünen leichte Verluste erwarten. La France insoumise dürfte hingegen weiterhin ohne Senator bleiben. Auch innerhalb des bürgerlichen Lagers könnten sich Verschiebungen ergeben. Die Wiederwahl Gérard Larchers zum Senatspräsidenten gilt als wahrscheinlich. [Siehe Länderbericht.](#)

DIE ZAHL DER WOCHE

5,5 Millionen Menschen

3	8	4	7
0	2	6	5
5	4	3	1
7	8	9	6
9	2	0	1

Angesichts stark gestiegener Kraftstoffpreise weitet die französische Regierung ihre gezielten Hilfen aus. Die 100-Euro-Prämie für Vielfahrer wird im Oktober und November fortgeführt und ist künftig für rund **5,5 Millionen Menschen** zugänglich. Die Einkommensgrenze, um die Prämie zu bekommen, steigt dabei für Alleinstehende auf 2.035 Euro netto und für Paare auf 4.070 Euro. Grundsätzlich gilt eine Voraussetzung: Der Arbeitsweg muss mindestens 15 Kilometer betragen oder die jährliche Fahrleistung muss 8.000 Kilometer betragen. Für Pflegeberufe gelten Sonderregelungen. Zugleich steigt die steuer- und abgabenfreie Kraftstoffprämie der Arbeitgeber von maximal 600 auf 1 000 Euro. Der Energiecheck für 5,8 Millionen Haushalte wird auf Januar 2027 vorgezogen. Zusätzlich sind zinslose Kredite von bis zu 50.000 Euro vorgesehen. Das neue Maßnahmenpaket kostet den Staat rund 450 Millionen Euro, bleibt laut Regierung aber innerhalb des bereits vorgesehenen Hilfsrahmens von 1,4 Milliarden Euro.